

INHALT DEZEMBER 2005

SEITE 1

DURCHWACHSENE ERGEBNISSE

Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte zur Koalitionsvereinbarung

ZAHLENWERK

SEITE 2

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG – EIN VIRULENTES THEMA

Behördentagung in Eisenach

HANDLUNGSBEDARF ERNEUT BELEGT

Die neue PISA-Studie und Jugendliche mit Migrationshintergrund

SEITE 3

KLUGES HANDELN

Bericht zu den Reaktionen auf die Londoner Anschläge

„BEREIT, BRÜCKEN-FUNKTIONEN ZU ÜBERNEHMEN“

Kenan Kolat neuer Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland

MIGRATION DARF KEIN ZWANG SEIN UND IHR WERT MUSS ERKANNT WERDEN

Erster Bericht der „Weltweiten Kommission zur Internationalen Migration“ der UN

SEITE 4

KONKRETE HILFE DURCH EINEN KURZEN DRAHT ZUM AUSLÄNDERAMT

Kommentar von Alexandra Willer, stellvertretende ver.di-Vertrauensleutesprecherin und Personalrats-Vorsitzende

FEIERTAGE

DURCHWACHSENE ERGEBNISSE

Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte zur Koalitionsvereinbarung

Eine erste Bewertung der Koalitionsvereinbarung der CDU/CSU-SPD Bundesregierung in Bezug auf Migrations- und Integrationspolitik hat das „Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte“ vorgelegt. Das Netz ist ein Zusammenschluss selbstständiger Organisationen, die gemeinsame Ziele in der Antirassismuspolitik verfolgen. Die Koordinierung liegt beim Referat Migrationspolitik des DGB Bundesvorstands.

Grundsätzlich hätte das Netz erwartet, dass die Koalitionsparteien Einwanderung und Integration „nicht nur unter dem Vorzeichen einer Bedrohung der Gesellschaft betrachten, sondern die Bedeutung der Migrantinnen und Migranten für Wirtschaft und Gesellschaft herausstellen, sowie die Herausforderungen einer Einwanderungsgesellschaft umfassend annehmen“. Gleichzeitig begrüßt das Netz, „dass die Herausforderungen in der Integrationspolitik als ressortübergreifende Aufgabe“ aner-

ZAHLENWERK

Das Aufenthaltsrecht für ehemalige Deutsche und die Handhabung dessen durch die Bundesländer war ein Thema auf einer Sitzung des Arbeitskreises Migration des DGB Bundesvorstands am 27./28. Oktober 2004 in Leipzig.

Hintergrund: Deutsche Staatsbürger, die nach dem 1. Januar 2000 (In-Kraft-Treten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts) eine andere Staatsangehörigkeit angenommen haben, verlieren automatisch ihre deutsche Staatsbürgerschaft (wenn nicht ausdrücklich die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit möglich ist). Um herauszufinden, wer möglicherweise vom Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft betroffen ist, haben die Innenminister der Bundesländer (mit Ausnahme Berlins) Personen angeschrieben, die dafür infrage kommen

kannt werden oder auch, „dass im Bereich der Jugendhilfe die interkulturelle Kompetenz gestärkt werden soll“.

Bei den ins Auge gefassten Integrationsmaßnahmen unterstützt das Netz ausdrücklich die Koalitionsparteien in der „Zielsetzung, das kommunale Wahlrecht auch auf Drittstaatsangehörige auszuweiten, auch wenn dafür eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich ist“.

Kritisiert wird in Bezug auf das Zuwanderungsgesetz, dass bestehende Mängel nicht beseitigt werden und fordert eine Bleiberechtsregelung, einen Arbeitsmarktzugang für Geduldete und eine Veränderung der Widerrufspraxis, in deren Rahmen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in den ersten acht Monaten massenhaft den Status anerkannte Flüchtlinge widerrufen hat.

Auf dem Feld Menschen ohne Aufenthaltstitel bedauert das Netz, dass die Koalitionsparteien sich zu keiner klaren Aussage durchringen konnten und erinnert daran, dass grundlegende Menschenrechte auch Menschen

ohne legalen Status zustehen, etwa Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und Bildung sowie der Schutz vor Ausbeutung. Wörtlich heißt es: „Dieser Schutz kann nur durchgesetzt werden, wenn die humanitäre Unterstützung frei bleibt vom Zwang der Meldung an die Ausländerbehörde.“

Einen weiteren Kritikpunkt sieht das Netz darin, das CDU/CSU-SPD sich nicht ausreichend „den mit dem Rechtsextremismus verbundenen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen“ stellen. Eine Forderung: Die von verschiedenen Seiten vorgeschlagene Gründung einer Stiftung, um damit zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rassismus längerfristig und vor allem unabhängig von „Förderkonjunkturen“ unterstützen zu können.

Die Stellungnahme „Ergebnisse der Koalitionsvereinbarung – Erste Bewertungen durch das Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte“ kann heruntergeladen werden unter: www.migration-online.de/dossier-bundestagswahl

weit unter den ursprünglichen Schätzungen von 50.000 liegen. Diejenigen, die tatsächlich vom Verlust der Staatsbürgerschaft betroffen sind, können nach § 38 des Aufenthaltsgesetzes einen Aufenthaltstitel beantragen.

Eine ausführlichere Darstellung unter: www.migration-online.de/dgb-stabue-umfrage

könnten. Diese Daten hat der DGB in einer Umfrage bei den Ministerien abgefragt. Die Ergebnisse wurden auf der Sitzung des AK Migration vorgestellt. Die Tatsache, dass fast ausschließlich türkeistämmige Menschen angeschrieben wurden stellt aus Sicht des Gremiums eine Diskriminierung dar. Zu den Daten selber ist festzuhalten, dass die Zahl der Betroffenen

Bundesland	Angeschrieben	Rückmeldung	Betroffene
Sachsen-Anhalt	116	110	4
Sachsen	90	83	1
Brandenburg	119	111	4 ¹⁾
Bremen	3.853	3.358	521
Hamburg	6.614	6.477	619
Baden-Württemberg	47.886	37.481	423 ²⁾
Bayern	43.834	42.509	5.862
Berlin	keine Abfrage		
Hessen	27.520	25.371	5.210
Mecklenburg-Vorpommern	48	46	2
Niedersachsen	13.440	11.194	854 ³⁾ / 331 ⁴⁾
Nordrhein-Westfalen	74.000	70.400	400
Rheinland-Pfalz	9.774	8.893	802
Saarland	1.381	1.339	167
Thüringen	80	80	0
Schleswig-Holstein	keine Angaben		

¹⁾ 4 in Prüfung; ²⁾ 112 Nichtangeschriebene; ³⁾ nach Infokampagne; ⁴⁾ nach Abfrage

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG – EIN VIRULENTES THEMA

Behördentagung in Eisenach

„Die Stadtverwaltung soll nicht wie eine Drohkulisse für unsere ausländischen Mitbürger wirken, sondern ein Anlaufpunkt sein, in dem ihnen aktiv, unterstützend, verständnisvoll bei ihren Problemen geholfen wird“ – so der Oberbürgermeister der Stadt Eisenach, Gerhard Schneider, in seinem Grußwort an die Behörden- tagung des Bereichs Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk. Genau darum ging es auf der Tagung am 26. und 27. Oktober in der thüringischen Stadt. Das Thema hieß: „Interkulturelle Öffnung: Visionen – Leitbilder – Praxis.“

Dass das Thema an vielen Stellen virulent ist, wurde auch im Einführungs- referat von Katrin Möltgen klar, die an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen lehrt. Dort werden Beschäftigte des gehobenen Dienstes der öffentlichen Verwaltung ausgebildet. Einbezogen wird dabei seit Kurzem auch das Themenfeld interkulturelle Öffnung. Diese – so Möltgen – ist nötig, um die Angebote und Leistungen der Verwaltungen an eine durch Einwanderung veränderte soziale Umwelt anzupassen.

Allerdings ist der Weg dahin nicht unbeding- t kurz. Die Vorgehensweise verdeut-

licht das. Zunächst einmal müssen die Lehrenden für die Aufgabe fit gemacht werden. Das geschieht durch eine gezielte Weiterbildung von 15 Dozenten, die ihre erworbenen Kompetenzen dann an ihre Kolleginnen und Kollegen weitervermitteln. Dann müssen gegebenenfalls die Curricula angepasst werden. Im nächsten Schritt gelangen die Inhalte über die Lehrveranstaltungen an die Studierenden. Und erst wenn sie aktiv im Beruf stehen, ist der Transfer in die Praxis abgeschlossen.

Ein anderer – ergänzender – Weg ist die Entwicklung von Leitbildern. Die Diskussion zeigte, dass es hier bereits einige Beispiele gibt. So sind etwa in Eschweiler, Augsburg, Erlangen, Görlitz, Lüdensch- eid Leitbilder für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltungen verabschiedet worden oder werden zurzeit vorbereitet. Zum Teil sind sie Bestandteil der Leitbilder für ein interkulturelles Zusammenleben in der Gemeinde.

Allerdings zeigt sich in der Praxis, dass deren Umsetzung oft nicht ganz einfach ist. Vom Ansatz her gibt es zwei unterschiedliche Vorgehensweisen. So besteht die Möglichkeit, eine Beauftragten- stelle zu schaffen, in der von außerhalb der Verwaltungsstrukturen agiert wird. Es kann aber auch die Beauftragten- stelle in den Strukturen verankert werden. Beispiele finden sich für beide Varianten.

Eine Antwort auf die Frage, was besser funktioniert kann es kaum geben, da das immer von den kommunalen Gegebenheiten anhängt. Wichtig aber ist der Austausch darüber, was wie funktioniert und auch wo es schon einmal hakt. Und eben das wurde auf der Behörden- tagung geleistet. Und der Austausch wird fortgesetzt – über eine Vernetzung der Interessierten und

dann auf der nächsten Behörden- tagung 2006 in Hannover.

Weitere Informationen
DGB Bildungswerk
Bereich Migration & Qualifizierung
Dr. Mohammad Heidari
Telefon 02 11/43 01-1 41
mohammad.heidari@dgb-bildungs-
werk.de



Katrin Möltgen

HANDLUNGSBEDARF ERNEUT BELEGT

Die neue PISA-Studie und Jugendliche mit Migrationshintergrund



Der zweite Ländervergleich der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment) mit den 2003 erhobenen Daten ist am 3. November veröffentlicht worden. Die Studie ist von der OECD erstmalig im Jahr 2000 durchgeführt worden. Für die Studie wurden 15-jährige Schülerinnen und Schüler aller Schulformen auf ihre Kompetenzen in den Bereichen Naturwissenschaften, Lesen und Mathematik getestet, wobei der Schwerpunkt 2003 in der Mathematik lag.

Deutschland hat sich insgesamt gegenüber der Studie aus dem Jahr 2000 etwas verbessert, wobei die Verbesserungen vor allem an den Gymnasien zu verzeichnen sind. Bei den Hauptschülern sind keine statistisch signifikanten Verbesserungen zu beobachten, das heißt, die Schere zwischen den

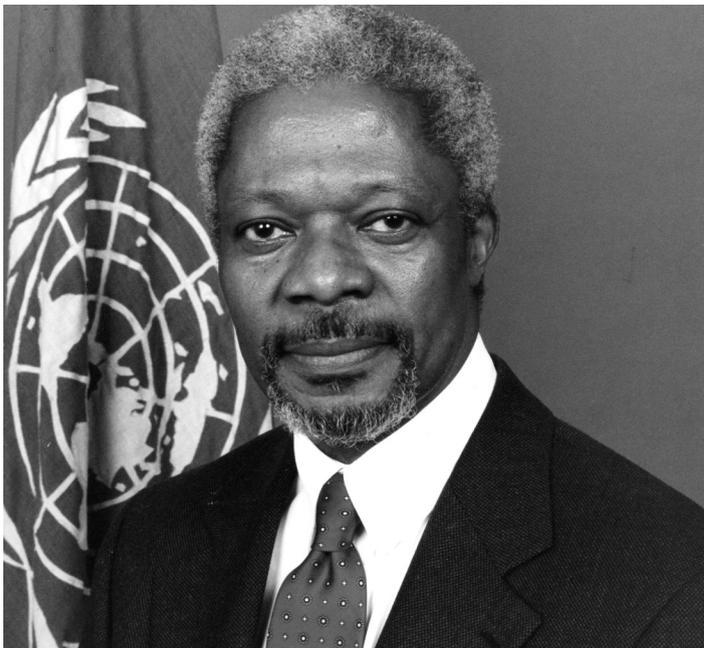
Hauptschulen und Gymnasien klappt immer weiter auseinander. Interessant ist, dass auf diesen Fakt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ausdrücklich verwiesen wurde.

Das eigentliche Ergebnis der Studie ist aber nicht die marginale Verbesserung Deutschlands im OECD-Durchschnitt, sondern die Tatsache, dass in Deutschland nach wie vor die Chancen auf höhere Schulbildung stärker von der sozioökonomischen Situation des Elternhauses zusammenhängen als in anderen Ländern. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund erreichen national wie auch international schlechtere Ergebnisse als SchülerInnen ohne Migrationshintergrund. Auffällig dabei ist, dass Jugendliche der ersten Generation, also Jugendliche, deren Eltern im Ausland,

sie selbst aber in Deutschland geboren wurden, ein geringeres Kompetenzniveau bezogen auf die in der PISA-Studie abgefragten Inhalte vorweisen, als zugewanderte Jugendliche.

Für Jugendliche mit Migrationshintergrund ergibt sich aus der PISA-Studie eine wenig erfreuliche Situation. Mehrheitlich aus sozial schwachen Familien kommend, ist ihre Chance auf höhere Schulbildung vergleichsweise gering. Gleichzeitig haben sich die Kompetenzen auf den Hauptschulen, die von der Mehrzahl der ausländischen Jugendlichen besucht werden, nicht verbessert. Hier besteht ganz offensichtlich Handlungsbedarf.

<http://www.bmbf.de/de/3292.php>
<http://pisa.ipn.uni-kiel.de/>
http://www.gew.de/PISA_2003.html



MIGRATION DARF KEIN ZWANG SEIN UND IHR WERT MUSS ERKANNT WERDEN

Erster Bericht der „Weltweiten Kommission zur Internationalen Migration“ der UN

Die vor rund zwei Jahren gegründete unabhängige UN-Organisation „Global Commission on International Migration“ (Weltweiten Kommission zur Internationalen Migration – GCIM) veröffentlichte Anfang Oktober 2005 ihren ersten Bericht. UNO-Generalsekretär Kofi Annan formulierte die Aufgaben der Kommission zu ihrer Gründung so: „Sie kann dazu beitragen, internationale Normen und wirkungsvolle Maßnahmen zu formulieren, die die Migration im Sinne aller regelt.“

Knapp zwei Jahre später löste die Kommission dieses Versprechen ein und legte ihren Bericht „Migration in an interconnected world: New directions for action“ vor.

Im Zentrum des Berichts stehen sechs Handlungsempfehlungen. Zuerst soll der Zustand der – oftmals aus vielfältigsten Gründen – erzwungenen Migration abgelöst werden, von der „Migration nach Wahl“. Das heißt, alle Menschen sollen zuerst einmal die Möglichkeit bekommen, in ihrer Heimat glücklich zu werden: „Frauen, Männer und Kinder sollten die Möglichkeit haben, ihr Potenzial, ihre

Bestrebungen und die Anerkennung ihrer Menschenrechte in ihrem Heimatland zu entfalten und aus freien Stücken migrieren, nicht aus einer Not heraus.“

Zweitens sollen die Auswirkungen der Migration auf das Herkunftsland wie auf das Aufnahmeland stärker in den Fokus gerückt werden: „Den Wert, den Migranten sowohl bei der Entwicklung und Armutsbekämpfung in ihren Herkunftsländern, als auch bei der Erhaltung des Wohlstandes in den Aufnahmeländern darstellen, sollte anerkannt und gefördert werden.“ Deshalb sollte die internationale Migration ein integraler Bestandteil von nationalen, regionalen und globalen Strategien für wirtschaftliches Wachstum werden.

Außerdem seien die Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch Integration, der Schutz der Rechte von Migranten, die Enttabuisierung des Themas „Illegale Migration“ und eine verbesserte Zusammenarbeit bei der Steuerung von Migration zwischen den einzelnen Staaten wichtig.

Weitere Informationen und den kompletten Bericht gibt es unter der Internetadresse:

www.gcim.org.

MUSLIME IN EUROPA

Bericht zu den Reaktionen auf die Londoner Anschläge

Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) veröffentlichte am 10. November 2005 einen detaillierten Bericht zu den Auswirkungen der Bombenanschläge vom 7. Juli in London auf die muslimische Minderheit in der EU. Die Daten und Informationen wurden zwischen Juli und Oktober 2005 in allen 25 Mitgliedstaaten gesammelt.

Nach den Bombenanschlägen hätte die Londoner Polizei vorübergehend einen steilen Anstieg im Bereich der glaubensmotivierten Hasskriminalität beobachtet, so Beate Winkler, Direktorin der EUMC. „Aufgrund der Anschläge fühlten sich viele britische Muslime gefährdet.“ Die energische Haltung der britischen Regierung, die sich sowohl in der Verurteilung der Anschläge, als auch mit der Bekundung hervortat, jegliche Angriffe auf die muslimische Gemeinschaft zu unterbinden, hat laut Winkler „die richtige Wirkung“ gehabt. Die Vorfälle sanken recht schnell wieder auf den vor dem Attentat verzeichneten Stand. Auch die Regierungen in anderen EU-Mitgliedstaaten folgten ausnahmslos dem britischen Beispiel und zogen bei der Verurteilung der Anschläge eine klare Abgrenzung zwischen den Attentaten und dem muslimischen Glauben. „Die europaweit geschlossene Haltung war ein ausgezeichnetes Beispiel für Zusammenhalt.“, so Winkler.

Im Bericht wird außerdem festgestellt, dass die Anschläge vom 7. Juli in meh-

renen Mitgliedstaaten „zu neuen politischen Initiativen und einer breiten öffentlichen Diskussion hinsichtlich der Integration von Minderheitsgesellschaften geführt haben“.

Zusammenfassend meint Winkler: „Wir begrüßen die Entschiedenheit, mit der führende Politiker auf islamfeindliche Vorfälle reagiert haben. Die eigentliche Herausforderung besteht nun darin, inwieweit es gelingt, diese positiven Initiativen weiterzuverfolgen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt langfristig zu fördern.“

Die Sammlung von Daten über die Situation muslimischer Gemeinschaften im Zusammenhang mit den Anschlägen in London wird jedoch unvermindert fortgesetzt. Eine umfassende Analyse zu Auswirkungen und Wirksamkeit von Regierungsmaßnahmen oder Initiativen der muslimischen Organisationen wird Anfang 2006 erscheinen.

Der Bericht „The Impact of 7 July 2005 London Bomb Attacks on Muslim Communities in the EU“ kann heruntergeladen werden unter folgenden Adressen:

www.eumc.eu.int
www.migration-online.de/eumc-bomb-attacks



„BEREIT, BRÜCKENFUNKTIONEN ZU ÜBERNEHMEN“

Kenan Kolat neuer Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland

Ende Oktober wurde Kenan Kolat, Geschäftsführer des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg, zum neuen Bundesvorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland gewählt. Der bisherige Vorsitzende Prof. Dr. Hakki Keskin hat nach seinem Einzug in den Bundestag sein Amt niedergelegt. Neuer stellver-

treter Bundesvorsitzender wurde Prof. Dr. Yahya Açı. Die bisherigen weiteren fünf Stellvertreter blieben im Amt.

Kenan Kolat appellierte nach seiner Wahl an die künftigen Regierungsparteien CDU/CSU und SPD, die rechtliche und soziale Lage der türkischen Minderheit zu verbessern und die Beziehungen mit der Türkei zu intensivieren. Kolat: „Die Türkische Gemeinde in Deutschland ist bereit, eine Brückenfunktion zu übernehmen.“

FORUM MIGRATION 12

KONKRETE HILFE DURCH EINEN KURZEN DRAHT ZUM AUSLÄNDERAMT

KOMMENTAR

**Alexandra Willer,
stellvertretende ver.di-Ver-
trauensleutesprecherin und
Personalrats-Vorsitzende**



Im Frühjahr 2004 wurde am Universitätsklinikum Essen ein neuer Personalrat für die nicht-wissenschaftlich Beschäftigten gewählt. Es fand ein kleiner Generationswechsel statt. Und wie immer, wenn neue Menschen mit (neuen) Ideen „ans Ruder“ kommen, nehmen sie sich viel vor. So auch wir, als wir vor anderthalb Jahren angetreten sind.

Relativ schnell wurden wir mit einer Realität des Alltags von Kolleginnen und Kollegen, die keinen deutschen Pass haben, konfrontiert, den so genannten vorsorglichen Kündigungen.

FEIERTAGE



Berichtigung: In der letzten Ausgabe des Forum Migration hätten wir das muslimische Opferfest in den November verlegt. Das ist falsch. Es ist am 10. Januar 2006. Wir bitten um Entschuldigung.

Der Arbeitgeber Uniklinikum beschäftigt Menschen, die befristete Aufenthalts- bzw. Arbeitserlaubnisse haben. Läuft eine der beiden Erlaubnisse aus, kündigt er sie vorsorglich zum Termin des Ablaufens. Können sie die Verlängerung vorweisen, beschäftigt er sie ohne Unterbrechung weiter, zumal viele der Betroffenen unbefristete Arbeitsverträge haben.

Dies war keine neue Praxis, aber der neue Personalrat fragte sich, ob man diesen Ablauf nicht vereinfachen könnte, zumal die Betroffenen durch den Ämterlauf regelmäßig mehrere Tage Urlaub verloren. Da die Erlaubnisse zum Teil nur für drei Monate ausgestellt werden, ist dies eine ziemliche (unnötige) Belastung. Dass wir an den, in unseren Augen rückständigen, Gesetzen nichts ändern können, war uns klar.

Anhand eines konkreten Falles überlegte der Personalrat, wie er die Situation zumindest erleichtern könnte. Wir nahmen Kontakt zum Ausländeramt der Stadt Essen auf. Da mit dem neuen Zuwanderungsgesetz die Aufgabenverteilung zwischen Agentur für Arbeit und Ausländeramt weniger strikt als zuvor ist, versuchten wir Absprachen mit dem Ausländeramt zu treffen. Es kam zu einem gemeinsamen Termin mit den Leitern des Ausländeramtes, dem Personaldezernenten des Uniklinikums und einer Vertreterin des Personalrates. Obwohl der Personalrat zurzeit viele Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber Uniklinikum hat, muss

Die folgenden Feiertage werden von verschiedenen Religionen oder Nationalitäten im Dezember begangen. All jenen, die feiern, wünschen wir alles Gute.

26.12.– 2.1. Chanukka (jüdisch)

Dieses Lichterfest wird zur Erinnerung an die Wiedereinweihung des Tempels

man die hervorragende Zusammenarbeit an dieser Stelle doch erwähnen. Welcher Arbeitgeber verliert gerne einen gut eingearbeiteten Beschäftigten, nur weil die Gesetze dies so vorschreiben?

Wir haben Absprachen getroffen, was das Vorhalten von Formularen des Ausländeramtes bei der Sachbearbeitung im Klinikum betrifft, und somit Wege reduziert. Die Bescheinigungen des Klinikums für das Ausländeramt werden standardisiert, und es gibt andere Vereinfachungen. Das Wichtigste aber war, dass uns zugesagt wurde, für Schwierigkeiten kurze Wege zu verabreden. D.h., kommt jemand in die Ausländeramtsmühlen, meldet er sich beim Personalrat, und dieser nimmt unverzüglich Kontakt zur Leitung des Ausländeramtes auf. Diese Regelungen haben wir auch mit den Ausländerämtern der anderen umliegenden Städte versucht abzustimmen (da der Wohnort und nicht der Arbeitsplatz entscheidend ist). Dies ist uns allerdings nicht so gut gelungen.

Das sind sicherlich sehr zweischneidige Maßnahmen. Wir schützen und unterstützen diejenigen, die in der Hierarchie der „Geduldeten“ schon ziemlich oben stehen. Diejenigen in den Abschiebegefängnissen, die in ihren Zellen verbrennen und während der Abschiebeflüge umkommen, stehen ganz unten an der Leiter derjenigen, die das gleiche Recht haben müssten, hier in der Bundesrepublik leben zu können.

In Jerusalem nach dem Sieg der Makkabäer über die Syrer im Jahre 164 v.Chr. gefeiert. In Erinnerung an eine Öllampe, die acht Tage lang brannte, wird symbolisch in einem besonderen Leuchter mit acht Kerzen täglich eine weitere Kerze entzündet, bis am Schluss alle acht Kerzen brennen.

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

DRUCK UND VERTRIEB

WAZ-Druck, Duisburg

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

BESTELLADRESSE

PROWERB
Werbe- und Versand-Service GmbH
Huissener Straße 7-9
47533 Kleve
Telefax 0 28 21/72 18-25
E-Mail info@prowerb.de

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk
Bereich
Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de